

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Der Papst über die Aufgaben der Arbeiterbewegung

Über 1200 Mitglieder der „Christlichen Arbeiterbewegung Belgiens“ wurden am 11. September von Papst Pius XII. in Audienz empfangen. Vielen von ihnen war die Reise durch Beihilfen ihrer Arbeitskameraden ermöglicht worden. Der Heilige Vater sprach der Bewegung das Lob aus, daß sie eine „fest geordnete Armee von Kämpfern für Jesus Christus auf dem Felde der Arbeit sei“.

Kirche und Gewerkschaft

„Eure Bewegung umfaßt eine starke gewerkschaftliche Organisation, die darauf hinarbeitet, in diesem weiten Feld die Rechte des Arbeiters sicherzustellen und sie auf dem Niveau der modernen Bedürfnisse zu halten. Die Gewerkschaften sind entstanden als spontane und notwendige Folge des Kapitalismus, der sich zu einem Wirtschaftssystem verfestigt hat. Die Kirche hat sie als solche gebilligt unter der Bedingung, daß sie in jedem Fall, gestützt auf die Gesetze Christi als unerschütterliche Grundlage, sich bemühen, die christliche Ordnung in der Arbeitswelt zu fördern. Das ist gerade das, was Eure Gewerkschaft will, und auf diesen Titel hin segnen Wir sie!“ Die gleiche Anerkennung sprach der Papst den in der Bewegung zusammengeschlossenen Arbeitergenossenschaften, caritativen Hilfsorganisationen und Bildungsgemeinschaften aus, in denen ein wahres Apostolat verwirklicht wird, „ein klug verstandenes Apostolat, sorgfältig vorbereitet und organisiert“. „Der Arbeiter, Apostel der Arbeiter! Hohes Ideal, ganz vom Leben erfüllt!“ Der Heilige Vater führte den Gedanken weiter, der in den Worten „Leben“ und „Bewegung“ ausgesprochen wird. „Eine Bewegung ist keine einfache Konstruktion, keine statische Organisation, wie klug und groß diese auch aufgezogen sein mag. Bewegung heißt Leben. Leben heißt die Fähigkeit, sich von Tag zu Tag allen Pflichten und Tätigkeiten anzupassen, die sich durch Zeit, Ort und die verschiedensten Umstände nahelegen. Leben, das aus den Tiefen quillt und frisch und reich dank der wachen Initiative jedes einzelnen und jeder Gruppe dahinströmt. Das ist es, diese innere Quelle, die Eure wirkliche Kraft ausmacht, weit mehr als die Zahl Eurer Anhänger.“ Der persönlichen Initiative der Laien auf den Gebieten von Familie, Schule, Gesellschaft, Wissenschaft, Kunst, Literatur, Presse, Radio, Film und Politik Raum zu gewähren, sagte der Papst, ist der Standpunkt der Kirche.

Die Gefahr der Arbeiterbewegung

Dann wandte er sich der Gefahr zu, die der Arbeiterschaft aus ihrer eigenen Stärke droht:

„Möge endlich Unser Segen der christlichen Arbeiterschaft Belgiens dazu verhelfen, daß sie gesund und heil aus der Gefahr hervorgeht, die gegenwärtig, überall ein wenig, die Arbeiterbewegung bedroht. Wir meinen die Versuchung, sie zu mißbrauchen (— Wir sprechen vom Mißbrauch und keineswegs vom rechtmäßigen Gebrauch —), die Macht der Organisation zu mißbrauchen, eine ebenso

Aber eben auf die praktische Durchführung kommt es an. Mit allgemeinen Wünschen ist den Leuten vom Funk nicht geholfen! Programmfragen sind zugleich immer auch Persönlichkeitsfragen: „Einer der besten Wege, hier zum Ziele zu kommen, ist die Besetzung der leitenden Stellen bei den Sendern mit Männern, die nicht nur beruflich kompetent sind, sondern auch geistige Tiefe und ein gesundes Verantwortungsgefühl für die inneren Aufgaben des deutschen Rundfunks haben.“

Die Nachwuchsfrage

In diesem Zusammenhang behandelte Mr. Work die bis jetzt noch stark vernachlässigte Frage des Rundfunknachwuchses und seiner Heranbildung. Er schlug vor, bei den einzelnen Stationen Ausbildungsmöglichkeiten für junge Leute zu schaffen, die an der Rundfunkarbeit interessiert und dafür befähigt sind. Bei dem außerordentlichen Priesterangel hält er auch für die christliche Rundfunkarbeit die weitmöglichste Heranziehung von Laienkräften für erforderlich: „Das Nachwuchsproblem im Funk ist eines der wichtigsten, eines, das wir in Amerika genau so kennen, wie Sie hier. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, innerhalb des Klerus und unter den Laien jene so einfache und doch so schwer zu erlernende Mikrofontechnik auszubilden, die sich immer an einen oder zwei Menschen in der Verborgenheit ihrer Behausung wendet und nicht an viele Tausende in einer Arena.“

Das Problem des kirchlichen Senders

Am Schluß seines Referates, von dem hier nur einige charakteristische Auszüge gegeben wurden, wandte sich Mr. Work den künftigen Möglichkeiten einer christlichen Rundfunkarbeit in Deutschland zu. Er sprach zunächst von den Plänen, besondere religiöse Rundfunksender einzurichten, und stellte sie als problematisch hin: „Ich kenne auch den besonderen Fall (Bamberg) mit all seinen Hintergründen, der sich schnell wieder in Erinnerung bringt, um die praktische Undurchführbarkeit eines solchen Projekts zu zeigen.“ Dagegen glaubt Mr. Work in anderer Richtung an außerordentliche Möglichkeiten der christlichen Rundfunkarbeit in der Zukunft, bei Berücksichtigung kommender Ultra-Kurzwellensender. „Es ist meine persönliche Meinung, daß nicht nur die Zukunft des deutschen Rundfunks bei der Frequenzmodulation liegt, sondern die ganz Europas. Wenn das aber so ist, dann haben die Kirchen eine bedeutende Chance, auf diesem Gebiet Pionierarbeit zu leisten. Am Anfang könnte man mit kleinen Sendern und einem Tagesprogramm von nur wenigen Stunden beginnen, und dann zu einer stärkeren Zusammenarbeit mit andern, größeren Stationen übergehen. Ich wollte das hier erwähnen, weil ich persönlich glaube, daß die Zeit der Frequenzmodulation gekommen ist und daß es geboten scheint, daß die Kirchen schon jetzt die Einrichtung derartiger Sender praktisch und ernsthaft in Erwägung ziehen.“

Es versteht sich von selbst, daß die Verwirklichung dieser Ratschläge durch das Maß des Einflusses bedingt ist, den katholische Christen auf den Rundfunk auszuüben vermögen. Um ihn zu stützen, bedarf es vor allem starker Hörerorganisationen, deren Wichtigkeit aus diesem Referat einleuchtend wird.

furchtbare und gefährliche Versuchung wie es diejenige ist, die Macht des Privatkapitals zu mißbrauchen. Von einem solchen Mißbrauch eine Stabilisierung von Staat und Gesellschaft zu erwarten, wäre im einen Fall wie im andern eine vergebliche Illusion, um nicht zu sagen Verblendung und Torheit; Illusion und Torheit übrigens, doppelt verheerend für Wohl und Freiheit des Arbeiters, der sich auf diese Weise selbst in die Sklaverei stürzen würde.“

„Die Macht der Organisation, wie wirksam immer sie sich vorstellen mag, ist an und für sich kein Ordnungselement. Die jüngste und gegenwärtige Geschichte liefert dafür andauernd den tragischen Beweis!“

Eine gefestigte und dauerhafte Lage kann nur auf der Basis der Schöpfungsordnung entstehen.

„Das ist der Grund, weshalb Wir nicht müde werden, nachdrücklich die Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Statuts für das Wirtschaftsleben, für das Gesellschaftsleben im allgemeinen, das auf der berufsständischen Ordnung beruht, zu empfehlen. Das ist der Grund, warum Wir nicht weniger unermüdlich die fortschreitende Streuung des Eigentums, die Ausbreitung mittlerer und kleiner Unternehmungen empfehlen.“

Der Heilige Vater schloß mit der Hoffnung, daß gerade der belgische Sinn für die Realitäten der Annahme und Verbreitung dieser Gedanken entgegenkommen wird.

Über die Rolle von Arbeit und Entspannung im Leben

Die Soziale Woche von Kanada, die alljährlich im Herbst stattfindet, hatte in diesem Jahr zum Thema die Arbeit. Zur Eröffnung der Tagung richtete der Heilige Vater durch Vermittlung von Msgr. Montini einen Brief an den Leiter dieser Veranstaltung, in dem er zunächst auf die naturgemäße Veranlagung des Menschen zur Arbeit hinwies, die Adam schon im Paradies aufgetragen war, wenn auch ohne Schweiß und Mühe. Nur daß die Arbeit zur Last, oft zur erdrückenden Last geworden ist, ist Folge der Sünde. Aus diesen Voraussetzungen folgt die unmittelbare Notwendigkeit der Arbeit, der Anspruch auf würdige Bedingungen, die Pflicht zur Gewissenhaftigkeit und der Anspruch auf Lohn und gesetzlichen Schutz. In einem zweiten Teil ging der Heilige Vater auf die Ergänzung der Arbeit ein, die in der Ruhe besteht:

„Es gibt aber eine Ergänzung der Arbeit, die ihr mit Recht nicht übergeht und die unter dem Namen Muße ihrerseits wieder einem Postulat der menschlichen Natur entspricht. Die Ruhe, die Erholung sollen, wenn sie recht verstanden werden, wesentlich ein erzieherisches und sittliches Ziel anstreben. Sie haben einen solchen Charakter von Notwendigkeit, daß ‚das Recht auf Ruhe an jedem Tag und die volle Arbeitsruhe am Tage des Herrn‘, wie schon Leo XIII. in der Enzyklika *Rerum Novarum* sagte, ‚eine ausdrückliche oder stillschweigende Bedingung jedes Vertrags zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sein muß‘. Die tägliche und die sonntägliche Ruhe haben Gott sei Dank im allgemeinen Bürgerrecht erworben. Aber das ganze Problem liegt gegenwärtig in ihrer Nutzung. Wer sieht in der Tat nicht die Bedeutung der Fragen sittlicher und religiöser Art, die die Organisation der freien Zeit aufwirft? Eben darum müssen eure Untersuchungen und Studien sich auch dieser mit der gleichen Sorgfalt und Sachlichkeit zuwenden.“

Seelsorgsfragen zum Kommunismus-Dekret

In Rom wurden der zuständigen Kirchenbehörde zwei Seelsorgsfälle vorgelegt, die sich aus dem Dekret

gegen den Kommunismus ergeben haben. Aus ihrer Beantwortung ersieht man, daß die Kirche dem einzelnen Christen in Zwangslagen mit Weite und Nachsicht entgegenkommt. Natürlich dürfen diese Antworten nicht schematisch verallgemeinert werden. Die Verhältnisse in Westdeutschland z. B. sind andere als in Italien, wo die Kommunisten durch die Gewerkschaften eine starke Kontrolle über die Arbeiterschaft und auch über Entlassungen und Einstellungen ausüben. Das Allgemeinverbindliche in diesen Antworten ist der Wille des Gesetzgebers, der zwar die Gläubigen vor die Entscheidung stellt, ihnen aber andererseits nicht die Konsequenzen von Zuständen aufbürden will, denen gegenüber eine Möglichkeit zur Entscheidung praktisch nicht gegeben war. Die Fälle sind folgende:

Frage: „Mein Mann ist bei der kommunistischen Partei eingeschrieben, weil sein Abteilungsleiter als Zellenobmann ihm das Leben unmöglich machen könnte. Er kann jetzt seine Parteikarte nicht zurückgeben, obwohl er es möchte. Darf er kommunizieren?“

Antwort: „Eine Parteikarte in der Tasche zu tragen macht an sich noch nicht den Parteimann irgendeiner Partei aus, wenn die Mitgliedschaft nicht in voller Freiheit, sondern gezwungen erworben wurde. Wer also aus beruflichen Gründen gezwungen wurde, sich bei einer bestimmten Partei eintragen zu lassen, aber weder ihre Richtlinien noch ihre Ziele billigt, kann nicht als tätiges und überzeugtes Parteimitglied angesprochen werden. Seine Mitgliedschaft ist nur eine ‚materielle‘. Der fragliche Fall ist ähnlich dem des Zeitungsverkäufers, den wir letzthin beantworteten. Der Zeitungsverkäufer arbeitet nur ‚materiell‘ mit, d. h. er stellt nur sein physisches Handeln beim Verkauf der Zeitungen zur Verfügung. Wer gezwungen die kommunistische Parteikarte besitzt, sich aber nicht zur kommunistischen Lehre bekennt, ist kein wahrer Kommunist, sondern ein Kommunist aus Zwang. Deshalb fällt er nicht in den Kreis der vom Dekret betroffenen Personen und darf kommunizieren. Er soll aber nach der Gelegenheit suchen, sich der Parteikarte zu entledigen, die für ihn ein Grund zu Befürchtungen und Skrupeln sein kann. Er berate sich darüber mit einem Geistlichen.“

Die zweite hier erwähnte Frage und Antwort lautete folgendermaßen:

„Was muß ein Arbeiter tun, der in einer Druckerei für kommunistische Blätter arbeitet? Muß er sich weigern? Wenn ja, wie kann er sein Leben weiterführen?“

„Grundsätzlich muß ein solcher Arbeiter sich weigern. In der Praxis aber kann die unumgängliche und unvermeidliche Tatsache, daß er nicht in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt sofort auf andere Weise zu bestreiten, ihn von der Beobachtung dieses Gesetzes solange befreien, bis er eine andere Arbeit gefunden hat. Gleichweise, wenn auch aus anderen Gründen, wird der Zeitungsverkäufer, der die kommunistische Presse nur ‚materiell‘ feilbietet, ohne sie persönlich zu propagieren, entschuldigt sein.“

Die französischen Kardinäle zum Kommunismus-Dekret

Am 8. September, dem Tag Mariä Geburt, haben die vier Kardinäle Frankreichs (von Lille, Lyon, Toulouse und Rennes) zum Kommunismus-Dekret des Heiligen Stuhles Stellung genommen, wie sie schon vor

längerer Zeit angekündigt hatten. Da die Verhältnisse in den verschiedenen Ländern erheblich voneinander abweichen, erwartet jedes Land eine solche Stellungnahme seiner Hierarchie, die die Bedeutung und Auswirkung des Dekrets für das betreffende Land erklären soll. So haben auch die französischen Kardinäle im ersten Teil dieses an ihren Klerus gerichteten Briefes den Sinn des Dekrets erläutert. Sie haben die Lage geschildert, die den Heiligen Stuhl zu diesem Schritt veranlaßt hat: den Angriff des atheistischen Kommunismus auf die Kirche, die Notwendigkeit, die Verfolgten zu stützen, und die Enthüllung der neuesten Versuche der Kommunisten, die Kirche in sich zu spalten.

In einem zweiten Teil gehen die Kardinäle auf die Anwendung des Dekrets auf die Verhältnisse Frankreichs ein. Sie betonen, daß die tatsächlichen Anhänger des atheistischen Materialismus logischerweise als Abtrünnige aus der Kirche auszuschließen sind; daß aber auch die in Frankreich ziemlich zahlreichen Christen, die glauben, den Materialismus und Atheismus der Kommunisten von ihren sozialen Ideen trennen zu können und die in dieser Überzeugung der Partei angehören oder sie in irgend einer Weise stärken oder stützen, von den Sakramenten auszuschließen sind, wenn sie bewußt und freiwillig in dieser Haltung verharren.

Sehr scharf ist ihre Warnung vor der kommunistischen Propaganda: „In unserem Lande, wo die kommunistische Partei als eine politische Partei neben den anderen erscheint, ist zu befürchten, daß Katholiken, weil sie den Wunsch haben, sich eine Meinung als Bürger und Wähler zu bilden, sich zu leicht dazu hinreißen lassen, die Veröffentlichungen der kommunistischen Propaganda zu verfolgen, und daß sie unbewußt ihrer heimtückischen Argumentation verfallen. Wenn sie sich dem Geist des Glaubens und der Entscheidung des Heiligen Offiziums beugen, werden sie dieser schweren Gefahr für ihre Seele entgegen.“ Eine Mitarbeit an diesen Publikationen der kommunistischen Propaganda, wenn auch etwa nur in den Spalten für Musik oder Sport, ist auf keinen Fall mit den Absichten des Dekrets zu vereinbaren.

Am wichtigsten ist der dritte Teil des Briefes der französischen Kardinäle, der von der Bedeutung handelt, die man dem Dekret des Heiligen Offiziums nicht unterschreiben darf. Das Dekret hat einen rein religiösen Sinn und darf nicht anders aufgefaßt werden:

„Ein Katholik wird sich also wohl davor zu hüten haben zu sagen, daß die Kirche in dem Konflikt, der sich zwischen den kommunistischen Mächten und den antikommunistischen Mächten entfacht hat, auf die Seite der einen der beiden Parteien getreten ist. Die Kirche weigert sich, einem ‚Kreuzzug‘ beizutreten, in dem so viele Rivalität und Interessen weltlicher und wirtschaftlicher Art miteinander verflochten sind: sie weiß, daß sie damit die Reinheit ihrer Sendung verraten würde, die wesentlich geistlicher Art ist. Ebenso wenig wie im letzten Weltkrieg will die Kirche heute, daß die Verurteilungen doktrinärer Art, die sie gegen die herrschende Ideologie eines Staates aussprechen muß, eine Waffe bilde, die sie einem der Streitenden in die Hand gäbe, um sie gegen seinen Gegner zu benutzen.“

Die Kirche nimmt nicht für den Kapitalismus Partei

„Gegenüber dem Dekret des Heiligen Offiziums wird ein Katholik nicht dem nur zu häufigen Irrtum verfallen, daß ein negatives Urteil des Heiligen Stuhles über eine Doktrin die Billigung der entgegengesetzten Doktrin bedeute. Wenn die Kirche das Vorgehen der kommunistischen Parteien verurteilt, so nimmt sie doch darum nicht die Partei des kapitalistischen Regimes. Wir müssen uns darüber klar sein, daß im Begriff des Kapitalismus selbst, nämlich in dem absoluten Wert, den er dem Eigentum ohne Bezug auf das Gemeinwohl und die Würde der Arbeit gibt, ein Materialismus liegt, den die christliche Lehre verwirft. Welchen Rang sie auch in der Gesellschaft einnehmen, welche Macht sie im Wirtschaftsleben der Völker besitzen mögen, die Katholiken, die ihr Klassenegoismus oder ihre Liebe zu den Schätzen dieser Erde dazu verleitet, sich jeder Umwandlung der sozialen Strukturen zu verweigern, sind ganz gewiß nicht im Geist Jesu Christi. Sie machen sich, ohne es zu merken, zu Komplizen der Gegner seiner Kirche und dienen der kommunistischen Revolution als Vorspann.“

Die Kirche und die Welt der Arbeiter

„Wir begreifen den Schmerz wohl, den die Arbeiter angesichts der Verurteilung des Kommunismus empfinden mögen. Wir wissen, daß sie in ihm vor allem eine Partei gesehen haben, die handelte, die entschlossen war, die sozialen Ungerechtigkeiten abzuschaffen, unter denen sie leiden, und den Arbeitern ihren Platz als freie Menschen im Beruf wie im Staat zu geben. Darum sind wir von ihrem Schmerz sehr bewegt, und es liegt uns am Herzen, sie von dem schmerzlichen Eindruck zu befreien, daß die Kirche gegenüber ihren Ängsten und Hoffnungen gleichgültig bliebe. Daran ist nichts Wahres. Nach wie vor dem Dekret des Heiligen Offiziums nimmt die Kirche im sozialen Kampf eindeutig Partei für sie. Seit mehr als fünfzig Jahren hören die Päpste nicht auf zu lehren, daß die Lage des Arbeiters in der gegenwärtigen Arbeitsordnung nicht gerecht ist. Sie ist es nicht in der kapitalistischen Organisation; sie ist es aber ebensowenig in der kommunistischen Organisation, die nur in den Händen des allmächtigen Staates all die Privilegien vereint, die sie dem Privatkapitalismus abgenommen hat. Der Mensch kann kein Werkzeug des Gewinns, weder im Dienste privater Interessen noch im Dienste des Staates sein. Er muß seine persönliche Freiheit genießen, seine Würde als Arbeiter geachtet sehen und seinen gerechten Anteil an dem Wohlstand haben, den zu schaffen er beiträgt.“

Die Kardinäle ermuntern dann vor allem die Priester und Führer der christlichen Arbeiter in den Bewegungen der Katholischen Aktion und den Organisationen der christlichen Gewerkschaften. Sie betonen noch einmal, daß der atheistische Kommunismus der Menschheit nur ein Ameisenideal bieten kann, wo das Individuum an eine Arbeit gebunden wird, deren Zweck, Anfang und Ende es nicht sieht. Gerade für den Arbeiter wird die Kirche einst als die Retterin des wahren Menschenbildes und der Menschenwürde dastehen.

Dieser Brief der französischen Kardinäle hat auch in der angelsächsischen Welt ein lebhaftes Echo gefunden, gerade durch diesen seinen letzten Teil. „Catholic Herald“ (23. 9. 1949) druckt ihn wörtlich ab, und auch die Wochen-

schrift „The Commonweal“ hat die bezeichneten Sätze der Verurteilung des Kapitalismus in ihrer Nummer vom 30. September wiedergegeben.

Die französischen Erzbischöfe über Kirche und Frieden Am Schluß ihrer Herbstsitzung, die vom 18. bis 20. Oktober im erzbischöflichen Palais in Paris stattfand, hat die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs der Presse folgenden Aufruf übergeben:

„Die Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs richten, von der Unruhe bewegt, die gegenwärtig so viele Franzosen angesichts der bedrückenden Frage des Friedens empfinden, an die Katholiken unseres Landes folgende Empfehlungen:

I.

Ein Christ kann und darf den Bemühungen gegenüber, die gemacht werden, um den Frieden zwischen den Völkern aufrechtzuerhalten, nicht gleichgültig sein. Seine Heiligkeit Pius XII. hat nicht aufgehört, uns seit dem Beginn seines Pontifikates daran zu erinnern, indem er die Katholiken ermahnte, ihre Bemühungen mit denen „aller aufrichtigen Seelen“ zu vereinen, die ein „wahrer christlicher Friedenswille“ erfüllt. Wir selber haben vor drei Jahren, bei der Eröffnung der Friedenskonferenz in Paris, deren Arbeiten leider nicht zum Ziel gelangt sind, euch aufgefordert, nicht nur zu beten, sondern auch die Lehre des Oberhauptes der Kirche zu hören und den Geist aller Menschen-guten Willens für sie zu gewinnen. Heute erneuern wir diesen Aufruf an Euch.

Seid keine Egoisten, deren enges Herz unfähig ist, sich zu öffnen für diese große menschliche Sorge um den Frieden. Seid keine Pessimisten, die den Krieg für unvermeidlich halten, wie immer sich die Menschen bemühen, ihn zu vermeiden. Gehört aber ebensowenig zu jenen chimärischen Geistern, die sich weigern, die Wirklichkeit zu sehen, denn es genügt nicht, den Frieden zu wünschen, selbst mit aufrichtigem Herzen, um seine Aufrechterhaltung auch wirklich zu bewirken. Wenn die Katholiken wirksame Mitarbeiter am Frieden sein wollen, müssen sie ihre Liebe zur internationalen christlichen Ordnung laut verkünden, so wie der Papst sie in jeder seiner Botschaften darlegt; die Priester und Führer unserer Bewegungen der Katholischen Aktion haben die Pflicht, diese Texte zu kennen, sie zu studieren und sich in sie zu versenken.

II.

Ein Christ darf nicht vergessen, daß der Friede zwischen den Völkern zur Bedingung den inneren Frieden hat, der in jedem Volk herrschen muß. Dieser innere Friede nun ist, wenn er wirklich diesen schönen Namen verdienen will, nicht das Ergebnis einer Kraftprobe, sondern die Frucht der sozialen Gerechtigkeit. Heute lasten zu viele, sich immer länger hinziehende und immer drückender werdende Leiden auf den Arbeitern und auf den wirtschaftlich Schwachen, als daß man behaupten könnte, die Forderungen der sozialen Gerechtigkeit seien wirklich erfüllt. Zu viele Löhne sind anormal tief, zu viele Arbeiterfamilien fühlen sich von Arbeitslosigkeit bedroht: unser soziales Klima ist nicht gesund. Es ist für die Katholiken

eine Pflicht, unter den ersten derer zu sein, die darum kämpfen, den Arbeitern den lebensnotwendigen Lohn zu sichern, ihre Lebensbedingungen zu bessern, dafür zu sorgen, daß die bereits verwirklichten Errungenschaften der sozialen Gerechtigkeit sich weiter entfalten.

Auf nationaler wie auf internationaler Basis ermahnen wir die Christen, sich als pflichtgetreue Menschen, freigebig und hilfsbereit für ihre Brüder zu erweisen. In diesem täglichen Kampf werden ihnen Mut und Vertrauen nicht fehlen, wenn sie ihre Kraft im Gebet und in der Liebe zum Erlöser suchen, der die Verheißung des Friedens unter den Menschen und unter den Nationen ist.“

Die politische Tendenz des belgischen Katholizismus

Jean Delfosse, der Herausgeber von „La Revue nouvelle“ in Brüssel, bietet in „The Commonweal“ (19. 8. 1949) eine Darstellung der neueren politi-

schon Entwicklung im belgischen Katholizismus, aus der sich ergibt, daß auch in Belgien, trotz der religiös-konservativen Einstellung des durchschnittlichen Gläubigen, das Bewußtsein durchgedrungen ist, die politischen Entscheidungen dürften nicht mehr allein nach konfessionellen Gesichtspunkten erfolgen, sondern müßten vor allem von sozialer Verpflichtung geleitet sein. Diese Einsicht, sagt der Verfasser, hat sich in Belgien sehr langsam, aber ebenso nachhaltige Bahn gebrochen.

Seit dem Krieg hat die christlich-soziale Partei als Nachfolgerin der alten katholischen Partei sehr stark ihr Gesicht verändert. Sie hat die soziale Not in den Vordergrund ihres Programms gestellt und im Gegensatz zu den Sozialisten doktrinär weltanschauliche Gesichtspunkte zurücktreten lassen. Damit hat sie den Erfolg erzielt, große Teile der wallonischen Arbeiterschaft zu gewinnen, die früher selbstverständlich sozialistisch wählten. Diese Tatsache kann durchaus nicht als Ruck nach rechts gedeutet werden. Die frühere katholische Partei war nur durch die Religion verbunden und vereinigte die verschiedensten sozialen Interessen. Sie konnte darum kein konstruktives Sozialprogramm entwickeln. Die neue christlich-soziale Partei dagegen hat das Schlagwort: „Über alles die Einigkeit“ fallen gelassen und sich unter Verzicht auf die konservativen Elemente zu einem fortschrittlichen Sozialprogramm bekannt.

Entkonfessionalisierung der Politik

Vor dem Krieg mußten die demokratischen Elemente in der katholischen Partei auf sozialem Gebiete nachgeben, um die Einheit der Katholiken in religiös-politischen Dingen, wie etwa in der Schulfrage, aufrechtzuerhalten. Nun ist es so weit gekommen, daß die Konservativen zu demselben Zweck soziale Zugeständnisse machen müssen. Wenn die christlich-soziale Partei zugleich auch die Partei der Katholiken geblieben ist, geschah es in der Weise, daß die Auffassung sich durchgesetzt hat, „die Politik müsse entkonfessionalisiert werden“. Das soll heißen, daß in der sozialen Demokratie, welche die religiöse Freiheit garantiert, der Sinn christlicher Politik darin besteht, die sozialen Gebote unseres Glaubens zu erfüllen. „Die belgischen Katholiken fühlen“, schreibt Delfosse, „daß es durchaus in ihrem Interesse liegt, die Kirche von der Bindung an irgendeine politische Partei freizuhalten. Sie haben die politische Atmosphäre der gegenwärtigen christ-

lich-sozialen Partei erfolgreich verändert. Nur sind sie bei ihrem Bemühen, die Partei zu entkonfessionalisieren, auf die Tatsache gestoßen, daß die anderen Parteien mit ihrem antikatholischen Affekt in der Schulfrage die Politik konfessionalisiert haben. Wird die belgische Politik imstande sein, sich über diese Niederungen zu erheben? Es wäre höchst wünschenswert. Denn es gibt andere Aufgaben in Fülle.“

Das belgische Beispiel zeigt zweierlei: Für den Entschluß zu politischer Neutralität der Kirche ist nichts anderes notwendig als die vollendete Demokratie, das ist die volle Gewährleistung auch der religiösen Freiheit. Und für das politische Bewußtsein der Katholiken in unseren Tagen ist nicht konfessionelle Rivalität, sondern die soziale Gerechtigkeit der Maßstab ihrer Entscheidung zugunsten irgendeiner Partei. Das voll erwachte soziale Verantwortungsbewußtsein, das sich den sozialen Enzykliken der letzten Päpste schuldig weiß, duldet keine religiöse oder kirchliche Tarnung sozialer Reaktion.

Eine christliche Bewegung zur Einheit Europas

Vor kurzem wurde durch den anglikanischen Dekan der St. Pauls-Kathedrale in London, John Collins, eine christliche Bewegung für die Einheit Europas ins Leben gerufen. Inzwischen sind ihr einige führende Mitglieder der katholischen Laienwelt beigetreten, so daß sie zu einem Forum gemeinsamer Aktion der Christen geworden ist. Die Bewegung legt Wert darauf, von der allgemeinen Europa-Bewegung Churchills unterschieden zu werden, weil zwischen beiden Gruppen wichtige weltanschauliche Unterschiede bestehen, die sich nicht vereinigen lassen. Die christliche Europa-Bewegung setzt sich folgende Ziele:

„1. Wir wollen mit aller Kraft die Sache der europäischen Einheit insoweit unterstützen, als sie mit christlichen Grundsätzen vereinbar ist, und zu diesem Zweck alle Mittel gebrauchen, die diesen entsprechen. Wir wollen die Unterstützung der verschiedenen Glaubensgemeinschaften und der mit unseren Zielen sympathisierenden einzelnen Persönlichkeiten für die Sache der Einheit Europas gewinnen. Wir wollen mit allen anderen Bewegungen zusammenarbeiten, die ganz oder mit einem Teil ihrer Tätigkeit für die europäische Einheit innerhalb Englands eintreten. Wir wollen darauf dringen, daß die christlichen Grundsätze in dieser Tätigkeit beachtet werden und zu diesem Zweck alles herausstellen und richtigstellen, was durch Nachlässigkeit oder Verirrung im Gegensatz zu diesen Grundsätzen getan wird.

2. Wir wollen die Lehren des Christentums und die Rechte der Christen, gleichviel welcher Konfession oder Partei, zur Geltung bringen.“

Was die führenden Männer dieser Bewegung im Auge haben, wenn sie ihre Distanz gegenüber der Bewegung Churchills hervorheben, scheint aus der Bemerkung Collins hervorzugehen: „Wir sind keine Vereinigung, die sich in erster Linie damit befaßt, antikommunistisch zu sein.“ Offenbar finden diese englischen Christen, daß die paneuropäischen Gedanken und Planungen von einer Haltung der Verteidigung gegenüber dem Kommunismus und Sicherung gegenüber dem Osten bestimmt werden, die für einen Christen nicht genügend konstruktiv ist, als daß er hoffen könnte, dadurch den Kommunismus zu überwinden. Die Europa-Bewegung scheint ihnen zu sehr unter dem Druck der gegenwärtigen außenpolitischen

Lage und zu wenig im Zeichen christlicher Bemühungen um die soziale Gerechtigkeit zu stehen.

Pater Lombardi in Wien

Der italienische Jesuitenpater Lombardi ist von einer Predigtreise nach Nord- und Südamerika zurückgekehrt und sprach vom 22. Oktober bis 6. November in einer großen Anzahl von Predigten und Reden in Wien. Lombardi ist jetzt zweifellos der gewaltigste Kanzelredner der katholischen Weltkirche. Und Wien ist die Weltstadt, in der sich wie in keiner anderen der Westen und der Osten, der Sozialismus und die bürgerliche Lebensanschauung, der Liberalismus und die katholische Tradition berühren, teils in scharfer Auseinandersetzung, teils in undurchdringlicher Vermischung. Dieses Wien bereitete Lombardi einen Empfang, wie ihn seit Menschengedenken kein katholischer Prediger in dieser Stadt gefunden hat. Viele seiner Predigten und Reden mußten durch Lautsprecher in andere Kirchen, Säle und auf freie Plätze übertragen werden.

Die Wirkung

Und was ist das Geheimnis dieses Ereignisses? Es ist nicht das Rhetorische. Lombardi mußte vom Manuskript lesen, las fehlerhaft, wenngleich von Tag zu Tag fließender. Aber warum hörten ihn die Abertausende von Menschen immer und immer wieder an, Junge, Alte, Arbeiter, Minister, Katholiken, Sozialisten, die den anderen glänzenden Predigern Wiens auch nicht einen Bruchteil dieser Aufmerksamkeit schenken? Lombardi sagt von sich: „Es ist nicht meine ‚arme Stimme‘; ich bin ein Werkzeug in Gottes Händen, durch das Gott zur Welt spricht, um sie zu retten.“ Er spricht über die uralten Wahrheiten, spricht mit klarer Logik, in packenden Bildern, in spürbarer Ergriffenheit des Herzens. Aber trotz allem ist die Wirkung, die von ihm ausgeht, eine geheimnisvolle.

Kreuzzug der Liebe

Lombardi predigt den „Kreuzzug der Liebe“. Er versteht darunter die Botschaft, daß nach dem Versagen der liberalen und kollektivistischen Kräfte das „Zeitalter Jesu“, eine Erneuerung der Welt im Anbruch ist. Der Pater begann vor 20 000 Zuhörern mit einer Predigt über den „verlorenen Menschen“, mit einem schlichten Ruf zur Buße. Aber dieser Ruf traf ins Herz. Vor der Katholischen Aktion schilderte er „die Stunde des Christen“, die Stunde, in der die Menschheit zur Einsicht kommt und in der nun der Christ sie mit liebenden Händen voranführen muß. Er erzählte von seinem eigenen Wirken, das in kleinen Sälen und Kirchen begann, in Theatern und Stadien fortgesetzt wurde, bis schließlich zwei-, drei-, ja fünfhunderttausend Menschen kamen, um die Botschaft zu hören. Seine Botschaft, in deren Mitte nichts anderes steht als Christus, der Ruf zur Umkehr und zur Liebe.

Lombardi zur sozialen Frage

Allerdings geht Lombardi auch den innerweltlichen Sorgen und Problemen der Menschen nicht aus dem Wege. Seine Auffassung von der sozialen Frage gipfelt in der ersten Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. So sagte

er: „Vor dem Recht auf Eigentum gibt es ein Recht, das noch viel heiliger ist, nämlich das Recht aller Menschen auf das Leben, und zwar auf ein menschenwürdiges Leben. Bevor noch die Welt einigen im besonderen gegeben wurde, damit es ihnen heute oder morgen gut gehe, ist sie der gesamten Menschheit gegeben worden, damit alle zu leben hätten.“ Zum menschenwürdigen Leben gehört außer Nahrung und Wohnung auch die Möglichkeit, zu heiraten und Kinder zu haben. Das Recht auf Privateigentum muß also vor dem Recht aller auf das Leben zurücktreten: „Hier haben wir die von Gott geschaffene natürliche Grundlage für alles Eingreifen der staatlichen Gewalt, welche bisweilen das Privateigentum beschränkt, um für das Recht aller zu sorgen. Das ist keine Ungerechtigkeit, sondern vielmehr eine Pflicht des Staates, die ihm von Gott auferlegt ist. . . . Ich sage euch: wenn es keine andere Wahl gäbe als die Wahl zwischen den beiden Extremen, Liberalismus und Kollektivismus, und eine Verbindung beider nicht möglich wäre, dann müßte man sagen: dem Plane Gottes entspricht eher noch der zweite Typ der sozialen Ordnung, der auf das Recht aller, zu leben, Bedacht nimmt. Die richtige Schau aber, ist die Mitte.“

An die Sozialisten

Auf dem Höhepunkt der Woche richtete Lombardi in einer Rede in Gegenwart des Kardinals, des Internuntius, des Bundeskanzlers und mehrerer Minister einen Appell an die Sozialisten und kennzeichnete sehr offen die Lage. Beide Welten, sagte er, die östliche und die westliche, können uns nicht begeistern. Aber es kommt darauf an, die guten Keime in beiden zu entwickeln. „Im Kommunismus ist nicht alles schlecht und nicht alle seine Anliegen dürfen bei seinem Fall vereitelt werden. Und es ist nicht alles Egoismus in der westlichen Welt. Was jetzt gebraucht wird, das ist jemand, der das Beste von beiden in einem konkreten Experiment christlicher Erneuerung vereint. . . . Ihr Sozialisten könnt so vieles tun für die Versöhnung der Herzen. Sät nicht den Klassenhaß, sondern die gegenseitige Verständigung. Gerade an euch wende ich mich mit Vertrauen. Verleugnet mutig den Materialismus des Marxismus. Denn gerade er ist es, der im letzten den Haß inspiriert. Bewahrt dagegen euren Glauben an ein Ideal, das eine immer größere Gerechtigkeit unter den Menschen anstrebt. Ihr seid vor die Entscheidung gestellt: der Marxismus wird heute in der ganzen Welt im Kommunismus verwirklicht. Glaubt ihr denn, ihr könntet allein Marxisten bleiben, ohne Kommunisten zu werden? Zweifellos sind viele Fortschritte im Bereich der sozialen Gerechtigkeit in Österreich, geschichtlich gesehen, euch Sozialisten zu verdanken. Eure Ideologie aber ist unzureichend und arm. Wir Katholiken hingegen besitzen eine umfassende und hohe Ideologie; unser Unrecht und Versagen liegt eher im praktischen Bereich. Wir sind zu ängstlich in der energischen Durchführung der sozialen Erneuerung. So vereinen wir denn unsere Kräfte im Geiste des Evangeliums.“

Immer wieder gab Lombardi seiner schlichten Überzeugung Ausdruck, daß der Kommunismus fallen wird. Dann ist die Zeit reif, daß das Evangelium in den leeren Raum einbricht. Darum ist jetzt die Stunde ungeheurer Verantwortung für die Katholiken der Welt.

Aus Amerika und Asien

Der Glaube als politische Kraft

Es sollte in unserm Gedächtnis bleiben, daß der Präsident der Vereinigten Staaten Ende Oktober über alle Sender des Landes sein Volk aufrief, zum Glauben an Gott zurückzukehren. Man tut gut daran, seine Worte zu überdenken, die den Zusammenhang zwischen den politischen Problemen unserer Zukunft und der Religion betreffen. Sind das nur allgemeine Bemerkungen oder sind sie gegen einen sehr realen Hintergrund zu halten? Einen Monat zuvor hatte Truman die Erklärung über die Atomexplosion in Rußland abgegeben. Keine Nachricht hat die Öffentlichkeit Amerikas in den letzten Jahren so sehr erregt wie diese. Eisenhower, Lilienthal und andere Sachverständige haben versucht, das Volk dadurch zu beruhigen, daß sie auf den Vorsprung von USA hinwiesen. Diese Versuche sind mißglückt.

Die Zusammenhänge

Die Zeitschrift „America“ (8. 10. 1949) faßt die Gefühle des Volkes zusammen und sagt zu den Beschwichtigungsversuchen: „Diese ganze Theorie ruht auf einer unhaltbaren psychologischen Annahme, daß nämlich die zwei Völker inmitten eines immer schnelleren Wettrennens auf dem Gebiet der Atomrüstung vernünftig, ruhig und klug bleiben werden. Sie ist auch auf einer völlig willkürlichen wissenschaftlichen Annahme aufgebaut. Wir nahmen an, Rußland könne vor 1952 überhaupt keine Atombomben bauen. Sollen wir jetzt annehmen, es könne sie nicht so schnell bauen wie wir?“ Es zeige sich, daß die Atompolitik, das Kernstück der Sicherungspolitik, versagt habe. Ja, es zeige sich noch etwas viel Erschreckenderes: Die Voraussetzungen einer solchen Politik sind erschüttert. Sie glaubte die Probleme ‚realpolitisch‘, d. h. unter Prinzipachtung der geistigen Einflüsse, allein nach dem Prinzip geschäftlicher Übereinkunft lösen zu können. Im Falle Rußland ist das vergeblich. „Nie gab es eine Zeit, in der die völlige Unfruchtbarkeit des (politischen) Materialismus deutlicher zutage trat.“ „Soziale Ungerechtigkeiten, skandalöse Verschleuderung der materiellen Hilfsmittel der Nation durch öffentliche und private Personen, vorsätzlicher wirtschaftlicher Individualismus und Egoismus, Rassenhaß, religiöse Unwissenheit, Zerstörung des Familienlebens und der Familienmoral, Ehescheidung, Geburtenkontrolle, unverantwortliche Erziehungsmethoden: das alles sind die Quellen und zugleich die Auswirkungen des wachsenden materialistischen Übels. Die gegenwärtige Stunde (der unmittelbaren Atomgefahr) ruft uns auf, das Messer an die Wurzeln dieser Krebskrankheit unseres amerikanischen Lebens zu setzen.“ Sollte auch der Präsident diese Zusammenhänge im Auge gehabt haben? Sollte auch er mit warnender Stimme haben sagen wollen, daß die Katastrophe nur vom Geist her zu bannen ist? Es ist dies eine nicht zu verkennen. Der Aufruf vom Oktober folgte auf die Ankündigung vom September und wurde in die große Erregung hineingesprochen, die sich des Volkes bemächtigt hat. Präsident Truman erinnerte daran, daß die Vorfahren der Amerikaner zum großen Teil aus religiösen Gründen nach USA ausgewandert, daß sie nach den Wohnungen sofort die Kirchen bauten, daß sie auf ihre Münzen als Wahlspruch schrieben: Wir vertrauen auf Gott, und daß sie ihr Staatsleben nach den Gesetzen ihres Glaubens aus-

richteten. In diesem Gottvertrauen haben sie sich zur Größe emporgearbeitet.

„Unsere Stärke als Nation ist in erster Linie geistigen Ursprunges. Wir glauben an die Menschenwürde. Wir glauben, daß der Mensch nach dem Ebenbild Gottes erschaffen wurde, der unser aller Vater ist.“

„Jeder kann beitragen“

„Dieser Glaube gebietet uns die Achtung vor dem jedem Menschen zustehenden Recht, Gott auf seine Weise zu verehren und sich sein eigenes Leben, frei von jeder Angst vor Tyrannei und Verfolgung, nach eigenem Ermessen zu gestalten. Und dieser Glaube an Gott gibt uns die Kraft, für die Schaffung von Verhältnissen zu arbeiten, die das Leben lebenswerter machen, also für eine Welt, in der Toleranz, Selbstlosigkeit und Brüderlichkeit herrschen — für eine Welt, die nach den Lehren der Bergpredigt lebt. Ich glaube, daß jedes heute in der Welt vorhandene Problem gelöst werden könnte, wenn sich die Menschheit an die von den Propheten verkündeten Prinzipien und an die Richtlinien der Bergpredigt halten würde. Jeder von uns kann seinen Teil dazu beitragen, indem er sich erneut zu seinem Glauben bekennt.

Der Grund der Gefahr

Wenn für das religiöse Leben unseres Landes irgendeine Gefahr besteht, dann die, daß wir unser religiöses Erbe zu sehr als eine gesicherte Tatsache ansehen. Religion ist keine Sache der Zweckmäßigkeit. Die Religion lebt nicht in Bauwerken, sondern im Herzen der Menschen. Religion ist mit Freiheit zu vergleichen. Man darf sie nicht als eine gesicherte Gegebenheit auffassen. Wenn ein Mensch frei sein will, muß er sich seine Freiheit erarbeiten. Genau so muß ein Mensch, wenn er wirklich religiös sein will, tätig sein und danach leben. Wenn die Menschen nicht nach ihrem Glauben leben und ihren Glauben im täglichen Leben durch die Praxis beweisen, kann die Religion in der heutigen Welt keine lebendige Kraft darstellen.

„Der Glaube muß unser Rückhalt sein“

Deshalb hat jeder von uns die Pflicht, sich aktiv am religiösen Leben seiner Gemeinde zu beteiligen und seine eigenen religiösen Einrichtungen großzügig zu unterstützen. Genau so wie sich unsere Vorfäter bei der Zwangung der Wildnis in Wort und Tat vom Glauben leiten ließen, so lassen auch wir uns heute in Wort und Tat vom Glauben leiten, wenn wir einen gerechten Frieden, Freiheit für alle und eine Welt anstreben, in der das Menschenleben auch wirklich heilig gehalten wird. Der Glaube an Gott und ein dementsprechendes Leben müssen unser Rückhalt sein, wenn wir jetzt danach streben, die uns in der heutigen Welt zufallenden Aufgaben zu erfüllen.“

Außerhalb der Kirche kein Heil

Über das Dogma von der alleinseligmachenden Kirche entstand im Frühjahr dieses Jahres in Boston eine Kontroverse, die mit der Exkommunikation eines dem Jesuitenorden angehörenden Professors des Boston-Colleges und einiger Lehrer aus dem Laienstand endigte. Professor Leonard Feeney hatte den übrigen Mitgliedern der theo-

logischen Fakultät den Vorwurf der Häresie gemacht, weil sie die allgemeine katholische Lehre vortragen, daß man auch dann das Neu erlangen kann, wenn man unverschuldet außerhalb der sichtbaren katholischen Kirche steht. Er wurde deshalb seines Postens enthoben und später vom Erzbischof von Boston exkommuniziert. Auf seinen Einspruch in Rom erteilte das Heilige Offizium ihm „eine feierliche Warnung, nicht länger unter Gefährdung seines Seelenheils auf seinem Standpunkt zu beharren und zur Einheit der Kirche im Glauben zurückzukehren“.

Zur Sache erklärt das Heilige Offizium: „Die Heilige Kongregation ist überzeugt, daß der unglückliche Disput durch ein ungenügendes Studium und Verständnis des bekannten Satzes: ‚Außerhalb der Kirche gibt es kein Heil‘ entstanden ist, und daß der Streit nur deshalb so heftig geworden ist, weil einige Mitglieder dieser Gruppe der zuständigen Obrigkeit ihre Achtung und den schuldigen Gehorsam verweigert und dadurch die Disziplin ernsthaft erschüttert haben.“ Das Heilige Offizium bezeichnet jenen Grundsatz als ein „unbestreitbares Prinzip“, fügt aber hinzu: „Auf jeden Fall muß diese Lehre in dem Sinn verstanden werden, in dem die Kirche selber sie versteht. Sicherlich ist es nicht das private Urteil, dem unser Erlöser den Schatz des Glaubens zur Auslegung überließ, sondern das Lehramt der Kirche.“

Interkonnektionelle Zusammenarbeit in USA

Während die christlichen Konfessionen in Europa, dank fortschreitender theologischer Erkenntnis und durch die gemeinsamen geschichtlichen Erfahrungen belehrt, zu brüderlicher Haltung finden, sind die gegenseitigen Beziehungen in USA immer noch mit Mißtrauen geladen. Es führt nicht weiter, wenn man die Schuldfrage aufwirft. Dagegen hat die führende katholische Zeitschrift des Landes, das von Jesuiten redigierte „America“, am 23. Juli d. J. in einer an erster Stelle des Blattes veröffentlichten Notiz die Katholiken aufgefordert, in dieser Sache eine Besinnung anzustellen.

„America“ schreibt: „Wenn es sich um die Zusammenarbeit mit Nicht-Katholiken handelt, sind bei weitem zu viele Katholiken ‚katholischer als der Papst‘... Sie leiden anscheinend unter der vagen Furcht, die Zusammenarbeit, selbst in rein zeitlichen Angelegenheiten, könnte der Verbreitung des religiösen Indifferentismus Vorschub leisten. Der Heilige Vater dagegen hat in dem Jahrzehnt seiner Regierung so viele Aufrufe zur Zusammenarbeit zwischen den Katholiken und ihren andersgläubigen Mitbürgern erlassen, daß er mit Recht als der Papst der Zusammenarbeit bezeichnet werden könnte.“

Dann wird eine darauf bezügliche Stelle aus der letzten Weihnachtsbotschaft des Papstes angeführt (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., Heft 4, S. 166). Die am weitesten gefaßte Einladung in dieser Richtung, die an alle erging, „die mit uns wenigstens durch das Band des Gottesglaubens verbunden sind“, habe der Heilige Vater gegenüber dem indischen Gesandten bei seiner ersten Audienz am 6. Juli d. J. ausgesprochen. Bei dieser Gelegenheit sagte er: „Es ist ein trauriges Kennzeichen unserer Zeit, daß sich vielerorts eine Vorstellung vom Leben und von der Gesellschaft durchgesetzt hat, die an einem Übermaß von Materialismus leidet oder durch eine unberechtigte Leugnung der geistigen Werte verdorben ist. Infolgedessen

wird es um so mehr notwendig und dringend, daß die Lenker der Staaten und Völker, die in der Überlegenheit des Geistes über die Materie ein Grundgesetz ihrer Existenz und die Grundlage ihrer Zukunftshoffnung sehen, ihre Kräfte in persönlicher und gemeinsamer Wachsamkeit vereinigen, um die Flut des Materialismus einzudämmen, die in einen Geist der Gewalttätigkeit und der Verklavung ausarten muß. Dagegen muß man Dämme aufrichten, um das sittliche Erbe der Menschheit zu bewahren.“

„America“ nennt diese Worte des Papstes an den Vertreter eines heidnischen Landes „würdig, eine klassische Sentenz in der Theologie der Zusammenarbeit mit Nicht-Katholiken zu werden.“

Die Geburtenbeschränkung in Japan und England

Im letzten halben Jahre sind in Japan nach einer offiziellen Mitteilung des Wohlfahrtsministeriums 93 863 junge Menschenleben im Mutterschoße getötet worden, 5000 mehr als bei der Atombombenexplosion in Hiroshima und Nagasaki im Sommer 1945 zu Grunde gingen. Das Wohlfahrtsministerium schätzt gleichzeitig die Zahl derjenigen Abtreibungen, die nicht zur Kenntnis der Behörden kamen, für den gleichen Zeitraum auf 206 000.

In diesen erschütternden Zahlen wirkt sich die japanische Bevölkerungsgesetzgebung aus, die unter Billigung der amerikanischen Besatzungsbehörden am 20. Juli 1949 in Kraft trat. Wir veröffentlichen den Artikel 3 dieses Gesetzes, das nicht nur ein getreues Abbild, sondern sogar eine beträchtliche Erweiterung der nationalsozialistischen Gesetze auf diesem Gebiete darstellt. Dieser Artikel hat folgenden Wortlaut:

„Der Arzt kann die eugenische Operation nach eigenem Ermessen an Personen vornehmen, die unter eine der folgenden Kategorien fallen. Notwendig ist die Zustimmung der fraglichen Personen und ihrer Ehegatten (bzw. derjenigen Personen, mit denen sie in einem eheähnlichen Verhältnis zusammenleben, ohne daß dieses Verhältnis den Behörden bekannt ist). Bei Minderjährigen, Geisteskranken und Geistesschwachen ist die Zustimmung nicht erforderlich.

a) Wenn die fragliche Person oder der Ehegatte an einer erblichen Geisteskrankheit oder einer erblichen körperlichen Entartung leidet.

b) Wenn die Person oder ihr Ehegatte einen Blutsverwandten bis zum vierten Grad besitzt, der an erblicher Geisteskrankheit, erblicher Geistesschwäche, erblicher Nervenkrankheit, erblicher krankhafter Charakterveranlagung, einem erblichen körperlichen Leiden oder einer erblichen körperlichen Entartung leidet und für die Vererbung Wahrscheinlichkeit besteht.

c) Wenn die fragliche Person oder der Ehegatte an Lepra leidet und die Vererbung als wahrscheinlich zu betrachten ist.

d) Wenn das Leben der Mutter durch Schwangerschaft oder Niederkunft gefährdet ist.

e) Wenn die Mutter mehrere Kinder hat und ihre gesundheitliche Verfassung durch eine weitere Niederkunft beträchtlich geschwächt würde.“

Der Begriff „eugenische Operation“ ist nach Mitteilung der römischen Fides-Korrespondenz so zu verstehen, daß darunter sowohl die Sterilisierung wie die Schwangerschaftsunterbrechung einbegriffen werden.

Zu gleicher Zeit sind die englischen Katholiken gezwungen, den Kampf gegen eine gesetzliche Förderung der Geburtenkontrolle in ihrem Lande aufzunehmen. Die Veranlassung dazu ergibt sich durch einen Vorschlag der königlichen Kommission, die seit einigen Jahren mit dem Studium der englischen Bevölkerungsprobleme befaßt war und in diesem Jahre ihren Schlußbericht erstattet hat. So widerspruchsvoll es klingen mag, hat diese Studienkommission den Vorschlag gemacht, dem Rückgang der Bevölkerung durch gesteigerte Geburtenkontrolle zu begegnen. Sie geht dabei von der Annahme aus, daß der Bevölkerungsvermehrung am besten gedient wird, wenn nur diejenigen Kinder das Licht der Welt erblicken, die von ihren Eltern wirklich gewünscht und gewollt werden. Deshalb müßte der staatliche Gesundheitsdienst ermächtigt und beauftragt werden, die zu einer exakten Kontrolle der Geburten erforderlichen und nützlichen Einrichtungen zu schaffen. Bisher ist die gesetzliche Lage in England so, daß die Ärzte ausschließlich aus medizinischen Gründen zur Verhütung der Schwangerschaft beitragen dürfen. Der Bericht der königlichen Kommission schlägt aber folgende Regelung vor: „Die Erteilung von Ratschlägen zur Verhütung der Empfängnis an verheiratete Personen, die solche Ratschläge wünschen, soll dem nationalen Gesundheitsdienst zur Pflicht gemacht werden. Alle Einschränkungen, die gegenwärtig noch der Erteilung solcher Ratschläge in öffentlichen Kliniken entgegenstehen, sollen aufgehoben werden. Die Pflicht zur Erteilung solcher Ratschläge soll zunächst dem Hausarzt übertragen werden.“ Was die englischen Katholiken vor allem hervorheben, ist die Pflichtenkollision, die sich bei Verwirklichung dieses Gesetzesvorschlages für alle katholischen Ärzte ergeben würde. Angesichts der öffentlichen Meinung besteht nur wenig Aussicht dafür, daß die Tendenz zur Erweiterung der Geburtenkontrolle, die in diesem Gesetzesvorschlag sichtbar wird, mit Erfolg bekämpft werden kann. Man versucht deshalb, wenigstens zu Gunsten der katholischen Ärzte eine Klausel durchzukämpfen, die diese vor der Mitwirkung an diesem Vorhaben bewahrt.

Ökumenische Nachrichten

Eine Antwort aus Moskau

Wie wir dem „Ökumenischen Presse-dienst“ entnehmen, sandte der Vertreter der Nachrichtenagentur Reuter in Moskau, Donald Dulles, dem Patriarchen Alexius drei schriftliche Fragen ein, die durch das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche im letzten Monatsheft der Moskauer Patriarchatszeitschrift (Nr. 4, 1949) — in Form einer Sonderbeilage — beantwortet werden. Das Antwortschreiben des Patriarchen von Moskau und ganz Rußland vom 1. August lautet:

„Auf Ihren Brief vom 21. Juli d. J. mit den drei folgenden Fragen — im Zusammenhang mit einer Meldung aus Istanbul über eine Entschließung des Ökumenischen Patriarchen Athenagoras, den Ausschluß aller Förderer des Kommunismus aus der Orthodoxen Kirche zu verfügen — halte ich es für notwendig, Ihnen folgende Antwort zu geben:

1. Frage: Waren Sie in Kenntnis gesetzt worden von dem